



- > **Naturschutz: Nur mit den Bauern gehts**
- > **Zeitbörse: Dienstleistungen gegen Zeit**
- > **RaJoVita: Dem Pflegenotstand vorbeugen**



Editorial

Liebe Rapperswil-Jonerinnen, liebe Rapperswil-Joner

Haben Sie kurz Zeit?

Eine Redewendung, wie wir sie oft benützen. Man weiss ja: Die andere Person hat viel zu tun, muss an eine Besprechung oder auf den Zug eilen, ist sonst unter Druck oder hat einen Freizeit-Termin. Viele von uns haben den Eindruck, zu wenig Zeit zur Verfügung zu haben. Einsame und Kranke haben hingegen eher das Gefühl, die Zeit vergehe unendlich langsam, und sind deshalb dankbar, wenn andere für sie Zeit haben. In diesem RJournal ist Zeit mehrfach ein Thema.

Menschen, die aus irgendwelchen Gründen nicht alle Lebensbereiche selber meistern können, brauchen Unterstützung und Begleitung. Sich im Erwachsenenschutzrecht einzusetzen und ein entsprechendes Mandat als Beistand zu übernehmen, kann durchaus eine persönliche Bereicherung sein und den Zeitaufwand mehr als aufwiegen.

Eine originelle Idee für eine neue Art von Freiwilligenarbeit ist die Zeitbörse, eine Tauschplattform für Zeit und Fähigkeiten. Dabei eröffnen sich auch gleich noch Möglichkeiten für wertvolle Begegnungen.

Nachdem nun die Tage länger werden, sollten Sie sich Zeit nehmen für die Natur in nächster Umgebung. Ihre unbändige Kraft des Erwachens und ihre grosse Vielfalt werden uns jetzt wieder vor Augen geführt. Natur – ein wichtiges Element unserer Lebensqualität.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Frühlingszeit.

Benedikt Würth, Stadtpräsident

Inhaltsverzeichnis

4	Individueller Schutz statt Vormundschaft	17	«Zeit finden sollte man eigentlich immer»
7	«Ich will keinen Job, ich möchte diese Aufgabe gut erfüllen»	18	Neue Fachleute ausbilden, erfahrene Mitarbeitende halten
9	«Die Natur schützen heisst sie unterhalten»	21	Quer durch die Stadt gut informiert
11	Ein engagierter Kenner der Natur	22	Kurzmeldungen
13	Risikoanalyse zeigt keinen Bedarf für Sofortmassnahmen	24	Wichtige Termine/Impressum
15	Suche Fensterputzer, biete hausgemachte Pasta		

Individueller Schutz statt Vormundschaft

Die Vormundschaftsbehörde See-Linth mit Sitz in Rapperswil-Jona möchte vermehrt Privatpersonen zur Führung von Beistand- respektive Vormundschaften gewinnen. Gleichzeitig bereitet man sich auf die Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts vor, das am 1. Januar 2013 in Kraft tritt: Künftig sollen Beistandschaften massgeschneiderte Unterstützung bieten.

Vormund, Vormundschaft oder Mündel – diese Begriffe werden schon bald der Vergangenheit angehören. Mit der Einführung des neuen Erwachsenenschutzrechts im Jahr 2013 wird man nur noch von Beistandschaften sprechen. Diese werden zwar in vier Kategorien unterteilt – Begleit-, Vertretungs-, Mitwirkungs- und umfassende Beistandschaft –, erfordern in der Anwendung jedoch eine genaue Ausrichtung auf die individuellen Bedürfnisse der verbeiständeten Person. «Das Recht der Betroffenen auf Selbstbestimmung steht im Zentrum des neuen Gesetzes», erklärt Johanna Gämperli, Stellenleiterin und Präsidentin der Vormundschaftsbehörde See-Linth, «statt wie bisher einfach zwischen Beirat-, Beistand- und Vormundschaft zu unterscheiden, müssen in Zukunft individuell zugeschnittene Massnahmen formuliert werden.» Für die Behörden bedeute dies einen beträchtlichen Mehraufwand, da jedes einzelne Geschäft, für das der Betroffene Unterstützung benötige, sorgfältig abgeklärt und definiert werden müsse, fährt Johanna Gämperli fort. Auch wenn zurzeit noch das alte Vormundschaftsrecht gelte, setze man sich doch bereits mit den künftigen Anforderungen auseinander, denn man könne nicht von heute auf morgen den Schalter vom alten auf das neue Recht drehen. Auch von den Mandatsträgern erfordere die neue Regelung ein Umdenken, denn ihr Auftrag werde detaillierter ausfallen als bisher. Die Reaktionen darauf fielen entsprechend unterschiedlich aus: «Die einen finden dies eher überflüssig, die anderen sind froh über ein möglichst präzises Pflichtenheft.»

Interessenskonflikte nicht immer sofort erkennbar

Ein wichtiger Punkt der Selbstbestimmung äussert sich in der Möglichkeit des Vorsorgeauftrags. Darin bestimmt eine handlungsfähige Person im Voraus, wer sie ganz oder in bestimmten Belangen vertreten soll, falls bei ihr eine Urteilsunfähigkeit eintreten sollte. Die Aufgaben, die sie der beauftragten Person übertragen will, muss die handlungsfähige Person im Vorsorgeauftrag genau umschreiben, sie kann auch Ersatzverfügungen treffen, falls die von ihr bestimmte Person die Aufgabe nicht übernehmen kann oder will. Eine lautere Absicht, die aber ihre Tücken habe und deshalb jetzt schon sehr kontrovers diskutiert werde, wie Johanna Gämperli anmerkt. «Wenn ein Vorsorgeauftrag nach vielen Jahren plötzlich zum Tragen kommt, kann er unter Umständen gar nicht mehr richtig sein, weil sich vielleicht die Beziehung zwischen der urteilsunfähig gewordenen und der beauftragten Person verändert hat, der Auftrag aber nicht angepasst wurde», gibt die Stellenleiterin zu bedenken. «Oder es kann sich die Frage stellen, ob die auftraggebende Person zum Zeitpunkt, als sie den Vorsorgeauftrag erstellte, überhaupt noch urteilsfähig war. Auch ist die beauftragte Person vielleicht gar nicht geeignet,

weil es Interessenskonflikte gibt.» Die Klärung solcher Fragen werde aufwendig sein, meint Johanna Gämperli weiter. Interessenskonflikte zum Beispiel, die vor allem innerhalb der Familie oder zwischen sich nahestehenden Bekannten vorkommen könnten, seien für die Behörde nicht immer auf Anhieb erkennbar. So sei etwa im Fall eines Mannes, der als Beistand seines Bruders fungierte, erst über die hohen Spesenabrechnungen ans Tageslicht gekommen, dass der Beistand sich auf diesem Weg etwas zurückholen wollte, weil er sich schon in seiner Kindheit gegenüber dem Bruder zurückgesetzt gefühlt habe. «So etwas merkt man nicht sofort, sondern erst im Verlauf der Massnahme», sagt Johanna Gämperli.

Positiv findet sie es trotzdem, dass das neue Gesetz die Solidarität innerhalb der Familie stärkt. Denn neu können Ehegatten oder eingetragene Partnerinnen und Partner einer urteilsunfähigen Person deren gesetzliche Vertretung übernehmen, sofern kein anderslautender Vorsorgeauftrag vorliegt. Auch können nach neuem Recht Ehegatten, eingetragene Partner, Eltern, Nachkommen, Geschwister oder faktische Lebenspartner als Beiständinnen oder Beistände von gewissen Pflichten entlastet werden, etwa von der Inventarpflicht oder der Pflicht zur periodischen Berichterstattung und Rechnungsablage. Überraschend findet es die Stellenleiterin hingegen, dass in der Reihenfolge der zur gesetzlichen Vertretung bei medizinischen Massnahmen berechtigten Personen Eltern und Geschwister an letzter Stelle aufgeführt werden.

Bereits heute zahlreiche private Mandatsträger

Beiständinnen und Beistände benötigt werden in erster Linie für in Altersheimen lebende Menschen, deren Handlungsfähigkeit teilweise oder ganz eingeschränkt ist. Dasselbe gilt für Menschen mit geistiger Behinderung oder starker psychischer Beeinträchtigung. Wesentlich weniger häufig sind Beistandschaften für Menschen mit Trunk- oder Drogensucht. Und verhältnismässig selten kommt es laut der Stellenleiterin zu einer Beistandschaft auf eigenes Begehren – Menschen, die irgendwie mit dem Leben nicht klarkommen, werden meistens durch andere Dienste unterstützt.

Kann oder will niemand aus der Familie oder dem persönlichen Umfeld einer hilfsbedürftigen Person die Beistandschaft übernehmen, so gibt es schon heute zwei Möglichkeiten: Es wird ein amtlicher Mandatsträger eingesetzt, wobei es sich in der Regel um Sozialarbeiter handelt, die sich auf Vormundschaftsmandate spezialisiert haben. Oder es wird eine Privatperson gesucht, die sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellt. Die Vormundschaftsbehörde See-Linth arbeite bereits mit zahlreichen privaten Mandatsträgern zusammen, erklärt



Johanna Gämperli, doch sei es ein Anliegen der Stadt Rapperswil-Jona, dass man noch stärker auf Privatpersonen setze. Diese müssten für ihren Auftrag sehr gut instruiert werden, dazu biete man seit Kurzem auch entsprechende Referate an. Zusätzlich erhielten private Mandatsträger eine ganze Reihe von Merkblättern und könnten sich auch jederzeit an die Mitarbeitenden des Vormundschaftssekretariats wenden.

Persönliche Haftung fällt weg

Laut Johanna Gämperli sind es überwiegend Pensionierte, die zuvor in leitenden Positionen tätig waren und jetzt auf freiwilliger Basis eine Aufgabe übernehmen möchten, die sich für eine Beistand- oder Vormundschaft interessieren. Allerdings müssen sie nicht ganz gratis arbeiten, ihnen steht für ihren Einsatz eine kleine Entschädigung zu.

Eine Hürde, die bisher wohl einige Interessierte davon abgehalten haben dürfte, ein Mandat zu übernehmen, wird mit dem neuen Recht fallen: Nach heutigem Recht sind Mandatsträger und Vormundschaftsbehörde letztlich für Schäden haftbar, die dem Mündel absichtlich oder fahrlässig zugefügt wurden. In Zukunft kommt der Staat für solche Schäden auf. Was Johanna Gämperli befürwortet: «Schliesslich sind wir auf sozial engagierte Leute angewiesen, da ist es kaum nachvollziehbar, diese Leute für nicht vorsätzlich begangene Fehler mit dem persönlichen Vermögen haften zu lassen.»

Geprüft werden Interessenten aber schon, denn nicht jede Person ist für eine solche Aufgabe geeignet: Schulden beispielsweise sind mit einem Mandat nicht vereinbar. Auch der Strafregisterauszug muss lupenrein sein. Zudem muss die Person gewisse soziale und fachliche Voraussetzungen erfüllen. So muss sie zum Beispiel wissen, wie man eine Buchhaltung führt. Menschliches Einfühlungsvermögen ist ebenfalls vonnöten. Handelt es sich um ein Familienmitglied der hilfsbedürftigen Person, müssen die nächsten erbberechtigten Personen der Familie ihr Einverständnis geben. «Wenn Streitigkeiten innerhalb der Familie schwelen, ist die Mandatsführung durch ein Mitglied dieser Familie äusserst ungünstig.»

Familienmitglieder verfügten zudem oft über zu wenige zeitliche Ressourcen, ohne sich dessen bewusst zu sein, gibt Johanna Gämperli zu verstehen. Viele wollten eine Beistandschaft aus dem Gedanken heraus übernehmen, dass sie sich ja ohnehin regelmässig um die betroffene Person kümmerten, unterschätzten aber den administrativen Aufwand. Deshalb seien sorgfältige Abklärungen auch bei Familienmitgliedern wichtig. «Wenn aber geeignete Familienmitglieder zu einer

Beistandschaft bereit sind, betrauen wir sie natürlich noch so gern mit dem Mandat.»

Organisatorische Änderungen noch unklar

An den menschlichen Faktoren wird auch das neue Erwachsenenschutzrecht nichts ändern. Wohl aber an der Organisation: Das neue Gesetz verlangt ausdrücklich nach einer Fachbehörde. Die Vormundschaftsbehörde See-Linth, seit 1. Januar 2009 zuständig für Rapperswil-Jona, Eschenbach, Goldingen und St. Gallenkappel, befindet sich dank der bereits vollzogenen Regionalisierung und Professionalisierung auf dem richtigen Weg. Eine Vergrösserung des Einzugsgebietes ist laut Johanna Gämperli aber nicht auszuschliessen. Über die Gestaltung und die Organisation der künftigen Behörden entscheidet der Kanton. Zurzeit ist eine Arbeitsgruppe mit der Umsetzung des neuen Vormundschaftsrechts beauftragt. Mehr, so Johanna Gämperli weiter, wisse auch sie momentan nicht darüber. Eines ist jedoch heute schon klar: Ab 2013 wird es die Bezeichnung Vormundschaftsbehörde nicht mehr geben, Johanna Gämperli und ihr Team werden dann unter dem Namen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde auftreten. Das Kindesschutzrecht gehört bereits heute zu ihren Aufgaben – Stichworte Erziehungsbeistandschaften, Pflegekinderwesen oder Kindesvermögensschutz – und ist nur marginal überarbeitet worden, da eine grundlegende Revision bereits im Jahr 1978 stattgefunden und sich grundsätzlich bewährt hat. Der Fokus richtet sich deshalb in diesem Bereich auf die Professionalisierung der Behörde. Dass künftig alle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden als interdisziplinäre Fachbehörden geführt werden sollen, trägt diesem Ansinnen Rechnung.

Text: Jacqueline Olivier

PRIVATE MANDATSTRÄGER WILKOMMEN

Interessenten für eine Mandatsführung im Vormundschaftswesen melden sich bei der:

Vormundschaftsbehörde See-Linth
Alte Jonastrasse 24
8640 Rapperswil

Telefon 055 225 71 70
E-Mail: vormundschaftskreis.see-linth@rj.sg.ch.

«Ich will keinen Job, ich möchte diese Aufgabe gut erfüllen»

Im vergangenen Sommer übernahm Ruedi Wenk die Beistandschaft für eine betagte Dame, die in einem Alters- und Pflegeheim lebt. Für den pensionierten Personalleiter eine sinnvolle und bereichernde Aufgabe. Und eine durchaus machbare.



Es war ein Zeitungsartikel des Vormundschaftskreises See-Linth, der Ruedi Wenk animierte, sich für eine Beistandschaft zur Verfügung zu stellen. Er betrat damit kein Neuland, war er doch bereits früher im Kanton Zürich als Vormund eines geistig behinderten, in einem Heim lebenden Mannes aus der eigenen Verwandtschaft tätig gewesen. Doch nach dem Tod seiner Frau habe er diese Beistandschaft abgegeben, weil er erst wieder zu sich selber habe finden müssen, wie er erzählt. Als er auf den Zeitungsartikel stiess, hatte er gerade wieder festen Boden unter den Füßen und sich zudem vom Berufsleben verabschiedet. «Ich dachte mir, ich könnte der Gesellschaft nun etwas zurückgeben, denn ich hätte ja jetzt Zeit», erklärt er.

Ruedi Wenk meldete bei der Vormundschaftsbehörde sein Interesse an und durchlief das notwendige Prozedere: Er reichte eine schriftliche Dokumentation über seinen privaten und beruflichen Hintergrund ein und stellte sich danach persönlich vor. «Ein Bewerbungsgespräch, bei dem ich wieder einmal auf der anderen Seite des Tisches sass», stellt der ehemalige Personalleiter eines grösseren Industrieunternehmens belustigt fest.

Betroffene sieht die Notwendigkeit nicht

Seit August 2009 kümmert sich Ruedi Wenk nun um eine 91-jährige Frau, die nach einem Spitalaufenthalt infolge eines Unfalls nicht mehr in ihre Wohnung zurückkehren konnte, in der sie bis dahin gelebt hatte. Dort war die alleinstehende, bereits etwas verwirrte alte Dame von einer Nachbarin sowie von einem Herrn aus ihrem Bekanntenkreis mit allerlei Hilfeleistungen unterstützt worden. Beide konnten jedoch die Verpflichtung der Beistandschaft nicht eingehen, die durch den Heimeintritt notwendig wurde. Zumal die Betroffene diese Notwendigkeit selber nicht sieht. «In ihren Augen ist

eine Beistandschaft Ausdruck dafür, dass sich jemand nicht gut aufgeführt hat. Was auf sie natürlich nicht zutrifft», sagt Ruedi Wenk. Entsprechend schwierig gestaltete sich sein persönlicher Kontakt zu seinem Mündel. «Ich gehe zwar regelmässig im Heim vorbei und frage die Pflegenden nach dem aktuellen Befinden der Dame, besuche sie aber nur, wenn es ihr gut geht. Und selbst dann beschränkt sich unser Kontakt auf wenige gewechselte Worte.» Dass sein Mündel ihn in seiner Funktion als Beistand ablehnt, macht Ruedi Wenk nichts aus. «Das muss ich akzeptieren. Es ist mir auch bewusst, dass es für die Dame sehr schwierig war, von ihrem Zuhause in ein Heim umziehen zu müssen. Sie hat diesen Schritt nicht freiwillig getan.» Heute, so fährt er fort, sei es für sie vor allem wichtig, sich in ihrem neuen Umfeld mit den anderen Heimbewohnern und den Pflegenden wohl zu fühlen. Dabei helfe ihr die frühere Nachbarin, die sie nach wie vor regelmässig besuche.

Nichts anderes als eine zusätzliche Buchhaltung

So ist Ruedi Wenks Aufgabe in erster Linie eine administrative. Er verwaltet die Finanzen der betagten Frau, verhandelt mit Versicherungen, führt die Buchhaltung. Dies sei für ihn nichts anderes, als was er früher für die Familie gemacht habe und heute für sich selber mache, meint er gelassen. Er habe lediglich auf seinem Computer die eigene Familienbuchhaltung kopiert, angepasst und neu benannt. Zu Beginn habe er sich zudem gegenüber Ämtern und Versicherungen als neuer Berechtigter ausweisen müssen, inzwischen kenne man ihn jedoch. Seinen ersten grösseren Einsatz leistete er im Hinblick auf die finanzielle Absicherung seines Mündels. Dieses verfüge über eine minimale Rente, wenig Vermögen und habe bei seiner Amtsübernahme eine kleine Ergänzungsleistung bezogen. Bis Ende letzten Jahres, nach wenigen Monaten im Alters- und Pflegeheim, sei ihr Vermögen bereits um einen

ansehnlichen Teil geschrumpft gewesen. «Da schrillten bei mir die Alarmglocken», erzählt Ruedi Wenk. Er habe sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mit der Gemeinde und dem Kanton eine rasche Regelung zu finden, damit sein Mündel eine angemessene Ergänzungsleistung erhalte. Dies sei für ihn eine Herausforderung gewesen, fährt er fort. Umso zufriedener ist er heute, dass er für die 91-Jährige zugesprochen bekam, was er wollte beziehungsweise was notwendig war.

Kontrolle muss sein

Regelmässigen Kontakt hat er mit der einstigen Nachbarin der Dame, die sich um deren persönliche Bedürfnisse kümmert und für sie Kleider, Schuhe oder was sie sonst benötigt einkauft. Zu diesem Zweck hat Ruedi Wenk in Absprache mit der Vormundschaftsbehörde ein Konto eingerichtet, von dem er das Geld bezieht, das er der Nachbarin für solche Einkäufe mitgibt. Diese bringt ihm danach die Quittungen und allenfalls übrig gebliebenes Geld zurück. Die Buchhaltung muss er der Vormundschaftsbehörde jeweils am Ende des Kalenderjahres vorlegen, ebenso einen Bericht über seine Handlungen als Beistand und seine Kontakte mit seinem Mündel. Diese Kontrolle empfindet er nicht als lästig, im Gegenteil: «Das muss sein, die Behörde ist verpflichtet, sich zu vergewissern, dass ich mich an diesem fremden Geld nicht vergreife und dass ich im Sinne meines Mündels handle.» Überhaupt beurteilt er die Zusammenarbeit mit der Behörde als sehr konstruktiv. «Ich fühle mich jederzeit unterstützt und verstanden, ich wurde noch nie hängen gelassen.»

Kapazität hätte Ruedi Wenk noch für eine zweite Beistandschaft, aber: «Mir genügt dieses eine Mandat. Ich will ja keinen Job, sondern ich möchte diese Aufgabe gut erfüllen.» Nach deren Beendigung kann er sich aber durchaus vorstellen, ein neues Mandat anzunehmen. Zum Beispiel eine Beistandschaft für eine Person, die nicht oder nur beschränkt handlungsunfähig ist und nicht in einem Heim wohnt. Dies würde seine Erfahrungen abrunden, meint er. Und die seien auf jeden Fall positiv: «Eine Beistandschaft ist eine bereichernde Aufgabe – eine mit Sinn.»

Text: Jacqueline Olivier

«Die Natur schützen heisst sie unterhalten»

Über das ganze Stadtgebiet verteilt, verfügt Rapperswil-Jona über zahlreiche kleinere und grössere Naturschutzflächen. Diese müssen mit gezielten Massnahmen gepflegt werden. In der Naturschutzkommission, die sich aus Vertretern der Stadt und der Landwirtschaft sowie aus Fachleuten aus dem Bereich Umwelt zusammensetzt, laufen die Fäden zusammen.

Wer an Naturschutz denkt, hat in der Regel wildromantische Moorlandschaften oder verträumte Weiher irgendwo in der freien Natur vor Augen. Dass es sich dabei in den meisten Fällen um ausgeschiedene Landwirtschaftsflächen handelt, ist vielen nicht bewusst. Die enge Zusammenarbeit mit den Bauern macht laut Peter Lanz, Aktuar der Naturschutzkommission Rapperswil-Jona, denn auch den Löwenanteil des Naturschutzes aus. Landwirte müssen heute rund sieben Prozent ihrer gesamten Nutzfläche als ökologische Ausgleichsfläche definieren, um in den Genuss der Direktzahlungen (Flächenbeiträge) des Bundes zu kommen. Es kann sich dabei um eine Wiese, ein Riet oder etwa eine Hecke handeln, die der Landwirt nicht im Hinblick auf die grösstmögliche Produktivität, sondern nach bestimmten ökologischen Vorgaben bewirtschaftet. Damit dort natürlicher Lebensraum für Pflanzen und Tiere bestimmter Arten geschaffen respektive erhalten werden kann.

«Die Ausscheidung, der Unterhalt und die Kontrolle dieser Ausgleichsflächen sind die wichtigsten Themen der Naturschutzkommission», erklärt Peter Lanz. Gemeinsam mit Walter Domeisen, der als Vorsteher des Ressorts Bau, Verkehr, Umwelt die Kommission präsidiert, vertritt er in dem zehnköpfigen Gremium die Stadt. Die weiteren Mitglieder sind neben Stadtförster Bruno Blöchliger mehrere Landwirte sowie Fachleute aus dem Bereich Umwelt. Einmal pro Quartal kommt die Kommission zu ihrer regulären Sitzung zusammen, um sich auszutauschen und aktuelle Vorhaben zu besprechen. Dabei stiessen auch schon mal kontroverse Ansichten und Ansprüche aufeinander, erzählt der Aktuar, denn Naturschutz bedeute nicht für jeden dasselbe. Ein Ornithologe und ein Biologe zum Beispiel verfolgten nicht per se die gleichen Ziele, und die Landwirte dächten oft auch wirtschaftlich. «Für sie ist es wichtig, dass sich Aufwand und Ertrag die Waage halten, denn für sie geht es um ihr Geschäft.» Da gelte es, die unterschiedlichen Interessen abzuwägen und einen für alle zufriedenstellenden Konsens zu finden.

Naturschutz für die Landwirte attraktiv

Mit den Landwirten, fährt Peter Lanz fort, suche er oft das persönliche Gespräch. Als Bauernsohn kenne er ihre Anliegen und ihre Sichtweise. «Wer von ihnen die Rechnung macht, merkt sehr schnell, dass diese in der Regel für ihn aufgeht oder sogar positiv ausfällt.» Sicher bedaure es manch ein Landwirt, wenn er beispielsweise eine Wiese erst Mitte Juni mähen dürfe und dadurch die Qualität des Futters schlechter sei als bei einem früheren Schnitzeitpunkt. Doch mit den Beiträgen, die er für die ökologischen Ausgleichsflächen erhalte, könne er Futter zukaufen und habe je nachdem erst

noch Geld für Vieh oder Maschinen zur Verfügung. «Landwirtschaftsbetriebe in unserer Region können kaum auf die Direktzahlungen verzichten», sagt der Aktuar, «und da die Beiträge für Naturschutzflächen in den vergangenen Jahren erhöht wurden, ist der Naturschutz auch für die Landwirte attraktiv geworden.» Sicher gebe es unter den Bauern auch Idealisten, die sich weit über das erforderliche Minimum hinaus für den Naturschutz engagierten. Andere wiederum lehnten solche Auflagen ab und müssten dafür ohne die Flächenbeiträge auskommen – dies stehe jedem frei. Peter Lanz erachtet es aber als eine der zentralen Aufgaben der Naturschutzkommission, das Interesse der Bauern zu wecken und mit ihnen gemeinsam abzuklären, welchen Teil ihres Landes sie als Ausgleichsfläche bereitstellen können, ohne dass sie in der Produktivität zu stark eingeschränkt werden.

Gezielte Massnahmen

Die ausgeschiedenen Flächen werden nicht sich selbst überlassen. Mit unberührter Natur, wie mancher vielleicht denken möge, habe Naturschutz nicht viel zu tun, stellt der Aktuar richtig. «Die Natur schützen heisst sie unterhalten.» Dazu braucht es gezielte Massnahmen wie das Anpflanzen bestimmter Bäume, Sträucher oder Blumen oder das Ansiedeln gewisser Tierarten – etwa durch die Schaffung geeigneter Brutstätten. Was mit den einzelnen Naturschutzflächen geschieht, dafür trägt die Kommission die Hauptverantwortung. Wobei man auch hier das Gespräch mit den betroffenen Landwirten sucht. Zudem nimmt man ihnen nicht selten die organisatorischen und administrativen Aufgaben ab. Wenn also beispielsweise auf einer solchen Fläche ein Weiher erstellt wird, kümmert sich häufig Peter Lanz um das Einholen der Baubewilligung und um die Beschaffung der nötigen Finanzen. Die tägliche Pflege des Weihers übernimmt der betroffene Landwirt, grössere Unterhaltsarbeiten wie das von Zeit zu Zeit notwendige Entschlammen – sprich Ausbaggern – des Weihers sind wiederum Sache der Stadt. Solche Arbeiten werden jeweils im Winter ausgeführt, wenn die Natur ruht, denn fängt einmal alles an zu blühen und zu leben, dürfen Naturschutzgebiete nicht mehr betreten werden.

Projekte mit Naturschutzorganisationen

Natürlich arbeitet die Naturschutzkommission vernetzt mit diversen Naturschutzorganisationen. So ist etwa Jean-Marc Obrecht, Präsident des Natur- und Vogelschutzvereins Rapperswil-Jona, gleichzeitig Kommissionsmitglied. Auch mit dem WWF ergibt sich immer mal wieder eine Zusammenarbeit, denn wie Peter Lanz betont, unterstütze die Stadt nach Möglichkeit gewisse Projekte solcher Institutionen – finanziell ebenso wie in der praktischen Umsetzung. Ein geschätzter

Partner sei zudem der Vogelkenner Kurt Anderegg, dessen Fachwissen man gerne im Rahmen bestimmter Vorhaben beiziehe und dessen Arbeit man ebenfalls regelmässig unterstütze (siehe Porträt Seite 11). Doch alles in allem machten solche Projekte nur einen verschwindend kleinen Teil der Kommissionstätigkeit aus. «Rund 95 Prozent aller Ausgleichsflächen auf Rapperswil-Joner Boden werden von Landwirten gepflegt. Darum ist für mich klar: Naturschutz funktioniert nur gemeinsam mit den Bauern.»

Mit wenig Geld viel für die Natur erreichen

Noch einen Schritt weiter als der Unterhalt einzelner Naturschutzgebiete geht das Vernetzungsprojekt mit Eschenbach, das vor sechs Jahren gestartet wurde und das als übergeordnetes Projekt über sämtlichen Bemühungen steht. Darin werden über die Gemeindegrenzen hinweg die ökologischen Gegebenheiten der verschiedenen Ausgleichsflächen so aufeinander abgestimmt, dass sich bestimmte Tiere nicht nur auf einer einzelnen Fläche, sondern im ganzen Raum bewegen und die für sie geeigneten Hecken, Moore oder Bäume finden können. Für das Vernetzungsprojekt ist eine separate Kommission zuständig, in der Peter Lanz wiederum die Stadt Rapperswil-Jona vertritt. Eben wurde von dieser Kommission ein erster Bericht vorgelegt, dieses Jahr nun beginnt die zweite Planungsphase, in der es in erster Linie um Optimierungsmassnahmen gehen wird. Auch für das Vernetzungsprojekt stünden von Bund und Kanton beträchtliche Finanzen zur Verfügung, meint der Aktuar, sodass die Gemeinden mit wenig eigenem Geld viel für den Naturschutz tun könnten. Verbesserungspotenzial sieht Peter Lanz vor allem bei der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit, die ebenfalls ins Pflichtenheft der Naturschutzkommission gehört. Die Beschilderung eines Naturthemenpfads oder das Erstellen eines Tagfalterinventars waren solche Arbeiten, die realisiert wurden. Trotzdem findet Peter Lanz: «Wir machen in Rapperswil-Jona eigentlich viel für den Naturschutz, wir reden aber ein bisschen zu wenig darüber.»

Nicht alle Bäume sind ökologisch wertvoll

Zurzeit in Vorbereitung ist eine Aufwertung der Schlosshalde, was aber bedeutet, dass gewisse, ökologisch nicht sonderlich wertvolle Bäume gefällt und an ihrer Stelle andere gepflanzt werden müssen. Ein Unternehmen, das Kontroversen auslösen dürfte, denn wie der Mitarbeiter der Bauverwaltung weiss, kommt für viele Menschen das Fällen eines Baums einem Sakrileg gleich. «Dabei bringen die zahlreichen Fichten auf der Schlosshalde der Natur nicht viel: Sie sind hier nicht heimisch, machen den Boden sauer und bieten nur wenigen Lebewesen Herberge. Auch sind viele der Fichten in einem

schlechten Zustand und damit ein Sicherheitsrisiko geworden.» Viel besser sehe demgegenüber die ökologische Bilanz von Eichen oder Linden aus. Für das Ausholzen der Schlosshalde müsse aber ein separates Projekt lanciert werden, gibt Peter Lanz zu verstehen. Da die Bäume heute bereits sehr mächtig seien, werde das Fällen technisch wie finanziell ein äusserst anspruchsvolles Unterfangen. Er hoffe, dass man 2011 damit beginnen könne.

Zu schaffen macht der Kommission auch der Kampf gegen die sogenannten Neophyten: eingeschleppte, sich mangels natürlicher Feinde schnell verbreitende Pflanzen, welche die einheimische Flora verdrängen, was namentlich in den Naturschutzgebieten zu Problemen führt. Besonders rasant verbreiten sich etwa die Goldrute, der Staudenknöterich, das Drüsige Springkraut und der Riesenbärenklau. Diese Pflanzen gänzlich auszurotten sei ein Ding der Unmöglichkeit, erklärt Peter Lanz, doch müsse man alles daransetzen, sie in Schach zu halten.

Das Rad ein Stück weit zurückdrehen

Insgesamt stehe Rapperswil-Jona punkto Naturschutz recht gut da, fasst er schliesslich zusammen: 89 Hektaren oder vier Prozent der gesamten Gemeindefläche sind Naturschutzgebiet. Etwa ein Viertel davon entfällt allein auf die Joner Allmend, die von rund 20 Bauern in Form kleiner Parzellen bewirtschaftet wird. Für ihn dürfte der Anteil der Naturschutzflächen in Rapperswil-Jona aber noch grösser sein, macht er klar. Dafür setze er sich ein. «Sicher regelt sich die Natur selbst, wenn niemand eingreift. Der Mensch hat in der Vergangenheit aber bereits sehr weit eingegriffen. Aufgabe des Naturschutzes ist es deshalb, das Rad ein Stück weit zurückzudrehen und etwas zu fördern, was es sonst kaum oder gar nicht mehr gibt.»

Text: Jacqueline Olivier

Ein engagierter Kenner und Freund der Natur

Seit 50 Jahren beobachtet Kurt Anderegg vor allem die Wasservögel am Zürichsee. Der ehemalige Sekundarlehrer ist nicht nur ein passionierter Vogelkundler, sondern auch ein ausgewiesener Kenner der hiesigen Vogelwelt. Seine systematischen Beobachtungen der Vögel dienen der Naturschutzkommission und der Stadtbehörde seit Jahren schon als Hilfsmittel bei planerischen Entscheiden.



Er ist nicht wegzudenken aus dem Stadtbild: Kurt Anderegg ist viel unterwegs, zu Fuss oder mit dem Velo, stets mit Fernglas und Fotoapparat ausgerüstet. Fast bei jeder Witterung begegnet man dem 79-Jährigen irgendwo am Seeufer oder auf dem Holzsteg. Der passionierte Vogelkundler und Naturfreund ist für die Stadt längst zu einer Instanz geworden. Der pensionierte Rapperswiler Oberstufenlehrer kennt die Welt der hiesigen Wasservögel und den Oberen Zürichsee mit seinen natürlichen Uferzonen wie kein Zweiter und gilt inzwischen als ausgewiesener Spezialist, der bei Naturschutzfragen in Bezug auf Uferzonen gerne beigezogen wird.

Kurt Anderegg wuchs in St. Gallen auf, wo er auch sein Sekundarlehrerpatent erwarb. 1956 kam er nach Rapperswil und war bis zu seiner Pensionierung 1994 als Sekundarlehrer für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer am Schulhaus Burgerau tätig. Sein immenses Wissen über die Vogelwelt, im Speziellen über die Wasservögel, hat sich der Naturliebhaber als Autodidakt im Laufe der Jahre in der Freizeit angeeignet. Er hat viele Kurse in Natur- und Vogelkunde besucht, Exkursionen geleitet und sich in der Lehrerfortbildung auf seinem Sachgebiet eingesetzt. Studienreisen erweiterten die Artenkenntnis und das Fundament für die Naturschutzfähigkeit.

Regelmässige Aufzeichnungen

Seit den frühen Sechzigerjahren engagiert sich Kurt Anderegg als ehrenamtlicher Mitarbeiter bei der Schweizerischen Vogelwarte Sempach. Seit etwa 30 Jahren zeichnet er seine Beobachtungen der hiesigen Wasservögel regelmässig auf. Sie werden statistisch ausgewertet und seit 1981 in jährlichen Zusammenfassungen der Naturschutzkommission und den Stadtbehörden zur Verfügung gestellt. Sie bildeten auch die Grundlage für grössere Dokumentationen zu Rapperswil-Jona und zum sanktgallischen Linthgebiet.

Wasservögel übers Internet beobachten

Kurt Anderegg hat sich mehrfach an Projekten beteiligt. Gleich selber initiiert hat er das aktuelle Internetprojekt www.wasservoegel.ch, für das er mit der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) zusammenarbeitet. Via Internet kann nun eine aus verschiedenen Vogelarten bestehende Brutkolonie zwischen Seedamm und Holzsteg live beobachtet werden. Dieses Projekt sei in seiner Art wohl einzigartig, betont Kurt Anderegg. Es sei nämlich eher aussergewöhnlich, mehrere Vogelarten gleichzeitig beim Brüten zeigen zu können. Was sicher auch für die Schulen wertvoll sein dürfte. Der ehemalige Naturkundelehrer bedauert das schwindende Interesse an naturwissenschaftlichen Fächern. «Vielleicht trägt diese Beobachtungsinstallation dazu bei, diesem Trend etwas entgegenzuwirken und einen Anreiz zu schaffen, sich wieder vermehrt im Unterricht der Naturbeobachtung hinzugeben.»

Flugrouten der Störche ermitteln

Auch an einem grenzüberschreitenden Projekt hat sich Kurt Anderegg schon beteiligt. Bei «S.O.S-Storch» wurden in den Jahren 2000/2001 landesweit 43 Störche mit Sendern versehen, damit die Fachleute Flugrouten und Rastplatzwahl ermitteln und dabei Grundlagen für einen besseren Schutz der Vögel auf ihren Reisen erarbeiten konnten.

Als immerwährende Herausforderung erachtet der engagierte Vogelkundler den sich ständig wandelnden Lebensraum für Mensch und Tier auf dem Stadtgebiet von Rapperswil-Jona und in der Region. Durch die dominierende Präsenz des Menschen, stellt er fest, gerate der Lebensraum der Tierwelt zunehmend in Bedrängnis.

Vielseitige publizistische Tätigkeit

Kurt Anderegg zeichnet sich durch eine rege publizistische Tätigkeit aus: Drei Bücher hat er bereits verfasst. Ausserdem ist er Fachredaktor der Zeitschrift «Tierwelt» und regelmässig in der regionalen Presse präsent. Bis heute arbeitet er im Natur- und Vogelschutzverein Rapperswil-Jona mit. Im Laufe der Zeit gehörte er verschiedenen Gremien von kantonalen wie auch nationalen Natur- und Vogelschutzorganisationen an.

Text: Cécile Blarer Bärtsch



Risikoanalyse zeigt keinen Bedarf für Sofortmassnahmen

Letztes Jahr hat die Stadt Rapperswil-Jona eine systematische Erfassung von möglichen Risiken vorgenommen. Gemäss dieser Analyse kam man zum Schluss, dass in der Stadt Rapperswil-Jona keine akute Risikosituation besteht. Zwar wurde in diversen Bereichen ein gewisses Risikopotenzial festgestellt, aber in keinem Fall zeigte sich ein sofortiger Handlungsbedarf.



In der Privatwirtschaft ist ein Risikomanagement seit längerer Zeit ein Thema; je nach Grösse des Betriebs ist es Pflicht und wird im Rahmen der Revisionsarbeiten überprüft. Bei der öffentlichen Hand wird das entsprechende Instrument hingegen noch selten eingesetzt. Allerdings werden den für die Qualitätssicherung und Risikominimierung notwendigen Führungsmitteln auch in der öffentlichen Verwaltung je länger je mehr Bedeutung beigemessen.

Risiken erkennen und einstufen

Bereits im Rahmen des Vereinigungsprozesses waren sich die Verantwortlichen bewusst, dass für eine Stadt in der Grösse und mit den Ansprüchen von Rapperswil-Jona ein Qualitätsmanagementsystem (QM) und ein internes Kontrollsystem (IKS) notwendig sein würden. Nachdem die Konsolidierungsphase der neuen Stadt inzwischen abgeschlossen ist, können die entsprechenden Führungsmittel nun abschliessend bearbeitet und umgesetzt werden. Ein angemessenes IKS ist zudem neu auch im Gemeindegesetz verankert.

Bei jedem Führungsinstrument ist es wichtig, dass man sich auf die wichtigen Punkte konzentriert und sich nicht in Details verliert. Deshalb wurde als eine Grundlage für QM und IKS eine Risikoanalyse erstellt. Im RJournal vom Juni 2009 wurde das entsprechende Vorgehen geschildert.

Eine grosse Zahl möglicher Risiken

Die systematische Erhebung in den Ressorts hat ergeben, dass in einer Stadt sehr viel Risikopotenzial vorhanden ist. Dieses kann sowohl externen als auch internen Ursprung haben. Externe Einflüsse ergeben sich beispielsweise durch die Wirtschaftslage, die Finanz- und Kapitalmärkte, gesellschaftliche Veränderungen oder übergeordnete Vorgaben. Zu den internen Faktoren können die Strategie und die Führung der

Behörden und der Verwaltung, die Qualität der Verwaltungsarbeit, die Informatikmittel, städtische Infrastrukturen wie auch Rechnungsführung, Budgetierung usw. zählen.

Im Rahmen der Analyse wurden rund 70 Risiken ermittelt, wobei zahlreiche davon den gleichen oder einen ähnlichen Ursprung hatten und demzufolge zusammengefasst werden konnten. Neben den Risiken wurden auch ihre möglichen Auswirkungen sowie die bereits bestehenden und mögliche zusätzliche Massnahmen aufgelistet. Die Analyse ist die Basis für das Risikomanagement, das heisst den Umgang mit Risikosituationen, und sie schärft auch das Bewusstsein für dieses Thema. In diesem Rahmen kann nun auch festgelegt werden, welchen möglichen Risiken im Rahmen des QM und des IKS begegnet werden kann.

Stadtrat setzt Prioritäten

Es liegt auf der Hand, dass nicht alle der 70 erfassten Risiken die gleiche Bedeutung haben. Der Stadtrat hat deshalb jene Risiken festgelegt, denen er besondere Beachtung schenken wird und für die auf Verwaltungsebene die notwendigen Präventionsmassnahmen prioritär zu behandeln sind:

– Politische und operative Führung

Bei einer Vielzahl von erfassten potenziellen Risiken zeigte sich, dass sie ihren Ursprung in der Führung haben. Fehler oder Unzulänglichkeiten hier wirken sich früher oder später in verschiedenster Hinsicht aus, sei es im Dienstleistungsbereich der Verwaltung, in der Qualität des Personalkörpers, in der politischen Kultur oder in den Beziehungen zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Behörden. Deshalb kommt der politischen und der operativen Führung eine zentrale Bedeutung zu.

– Pensionskasse

Alle Vorsorgeeinrichtungen stehen sowohl wegen der Vorgänge im Kapitalmarkt als auch aufgrund der demografischen Entwicklung vor grossen Herausforderungen. Auch wenn es sich bei der Pensionskasse der Stadt Rapperswil-Jona um ein selbstständiges Unternehmen handelt, ist es für die Stadt selber wichtig, dass die Einrichtung nachhaltig eine gesunde Basis hat.

– Soziale Spannungen, Flüchtlingsströme, Integrationspolitik

Hier wird man mit Risiken konfrontiert, die weitestgehend extern bestimmt sind. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind beschränkt. Wichtig ist aber, dass die Stadt über die notwendigen Strukturen verfügt, damit entsprechenden Entwicklungen begegnet werden kann.

– Grosse Elementar- und Naturereignisse sowie weitere katastrophenähnliche Ereignisse

Rapperswil-Jona verfügt über gute Sicherheitsstrukturen und die Einsatzkräfte sind auch auf verschiedene Szenarien vorbereitet. Trotzdem gilt es, sich dieses Risikos ständig bewusst zu sein und auch aufgrund der Erfahrungen an andern Orten die richtigen Schlüsse zu ziehen.

– Attentate, Amokläufe, Bombendrohungen, Terroranschläge usw.

Leider können solche Ereignisse nirgendwo mehr ausgeschlossen werden. Deshalb sind auch in dieser Beziehung die notwendigen Präventionsmassnahmen zu treffen, auch mit dem Ziel, die Wahrscheinlichkeit, dass solche Ereignisse eintreten, zu minimieren.

– Freiwillige und gemeinnützige Arbeit

Es gibt viele Leute, die gemeinnützige Arbeit leisten. Trotzdem kann nicht übersehen werden, dass auch hier Veränderungen stattfinden, indem beispielsweise Vereine Probleme haben, Personen für Vorstandsarbeit zu gewinnen. Freiwilligenarbeit ist ein sehr wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Deshalb ist auch die Stadt daran unmittelbar interessiert und muss sich mit der Entwicklung auseinandersetzen.

– IT-Ausfälle, Datenverlust usw.

Es ist offensichtlich, dass heute ohne IT wenig bis nichts mehr läuft. Das ist bei der Stadt nicht anders. Deshalb ist eine hohe Betriebs- und Datensicherheit ein zentrales Element einer gut funktionierenden Verwaltung und Schule.

– Verlust von Kunst- und Kulturgegenständen

Rapperswil-Jona ist reich an Kulturgütern, wobei diese nicht nur im Besitz der Stadt, sondern auch der Ortsgemeinde und der Kirchgemeinden sind. Erhalt und Pflege dieser Kulturgüter nachhaltig sicherzustellen ist ein Anliegen der Stadt, denn bei einem Verlust gibt es in der Regel keinen Ersatz.

– Fehlende Kapazitäten beim Verkehrssystem

Die Verkehrserschliessung ist für die Attraktivität eines Wohn- und Arbeitsorts sowie eines Wirtschaftsstandorts von grundlegender Bedeutung. Rapperswil-Jona hat Verkehrsprobleme. Lösungen in städtischen Verhältnissen brauchen in der Regel viel Zeit. Der Stadtrat ist überzeugt, dass in absehbarer Zeit konkrete Auswirkungen hinsichtlich Wohn- und Wirtschaftsstandort spürbar werden, wenn die jetzt im Raum stehenden Chancen einer Verkehrsentslastung und damit auch einer positiven Stadtentwicklung nicht genutzt werden.

– Einsturz von Bauten, Anlagen und Gebäudeteilen

Auch in dieser Beziehung bestehen bereits heute verschiedene Präventionsmassnahmen. Sie sind zu überprüfen und allenfalls zu ergänzen.

– Werkmängel

Werkmängel können sehr weitgehende Konsequenzen haben, sowohl für jene, die einen Schaden erleiden, wie auch für die Stadt. Aufgrund der vielen öffentlichen Bauten und Anlagen besteht grundsätzlich auch eine grosse Risikomöglichkeit und somit die Notwendigkeit von Präventionsmassnahmen.

Ressorts berichten jährlich

Die Ressorts haben vom Stadtrat den Auftrag, zu prüfen, ob die im Risikokatalog aufgeführten, bereits bestehenden Massnahmen ausreichen oder ob weitere Vorkehrungen zur Risikominimierung zu treffen sind. Gleichzeitig ist zu prüfen, wie weit im Rahmen des QM und IKS den Risiken Rechnung getragen werden kann, indem beispielsweise ein bisheriger Arbeitsablauf geändert oder eine zusätzliche Kontrolle in einen Arbeitsprozess eingebaut wird.

In einem Jahr, das heisst per 31. Dezember 2010, haben die Ressorts dem Stadtrat erstmals über die Risikobearbeitung Bericht zu erstatten. Gleichzeitig haben sie eine Beurteilung der Risikosituation allgemein und insbesondere auch hinsichtlich neuer, im heutigen Katalog nicht erfasster Risiken vorzunehmen.

Text: Hans Wigger

Suche Fensterputzer, biete hausgemachte Pasta

Sich gegenseitig Hilfe leisten und statt mit Geld mit Zeit bezahlen – dieser Gedanke steckt hinter der Zeitbörse. Seit vergangenem Sommer besteht die Möglichkeit dieser neuen Art von Freiwilligenarbeit auch in Rapperswil-Jona. Die Stadt unterstützt die Idee.

Wer geschickt zu zimmern versteht, hat vielleicht zwei linke Hände, wenn es ums Kuchenbacken geht. Oder wer gerne Briefe schreibt, wäre manchmal froh um jemanden, der den Rasen mäht. In der Zeitbörse können solche Hilfestellungen angeboten und bezogen werden. Geld fliesst dabei keines: Jedes Mitglied verfügt über sein persönliches Zeitkonto, auf dem die Stunden für erbrachte oder bezogene Leistungen gutgeschrieben respektive abgebucht werden. Alle Tätigkeiten sind gleich viel wert, egal, ob man jemandem beim Entrümpeln des Estrichs hilft oder Nordic Walking beibringt. Was zählt, ist einzig die investierte Zeit. Und jedes Mitglied entscheidet selbst, welche Dienstleistung es anbietet.

Nachbarschaftshilfe auf fairer Basis

Es handle sich bei der Zeitbörse im Grund um eine Form der Nachbarschaftshilfe, basierend auf einem fairen System, in dem sich Geben und Nehmen ausgleichen, erklärt Christopher Wellauer, der die Regionalgruppe Rapperswil-Jona koordiniert. Jedes Mitglied könne das einbringen, was ihm Spass bereite oder besonders liege, und von jenem Angebot Gebrauch machen, das ihm dienlich sei. Das Ganze verlaufe nach klaren Spielregeln, so brauche sich niemand in eines Anderen Schuld zu fühlen. Ausserdem entstünden durch diesen Tausch von Leistungen aller Art auch soziale Kontakte quer durch die Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus. Denn lanciert wurde die Zeitbörse von Benevol St. Gallen, der Vermittlungs- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit des Roten Kreuzes. Neben Rapperswil-Jona existieren zurzeit sechs weitere Regionalgruppen: St. Gallen, Rorschach, Wil, Rheintal, Werdenberg, und Herisau. Die Angebote und Nachfragen werden alle auf der gemeinsamen Internetplattform sowie in der regelmässig erscheinenden «Marktzeitung» veröffentlicht, sodass der Tausch auch mit Mitgliedern anderer Regionalgruppen möglich ist, was laut Christopher Wellauer rege genutzt wird. Auch die monatlichen Tauschtreffs stehen Mitgliedern anderer Gruppen offen. Ausserdem ist dort jedermann willkommen, der Interesse an der Zeitbörse hat. Mitmachen können jedoch nur Mitglieder.

Auf Qualität der Leistungen wird Wert gelegt

Christopher Wellauer, Diakon der Evangelisch-reformierten Kirche, gehörte zu den treibenden Kräften, welche die Regionalgruppe Rapperswil-Jona vor bald einem Jahr gründeten und aufbauten. Im Mai 2009 wurde das Projekt an einer Kick-off-Veranstaltung im KREUZ erstmals vorgestellt, bereits im Juni fand der erste Tauschtreff statt. Seither sei die Mitgliederzahl zwar langsam, aber stetig gestiegen. Heute sind es rund 20 Personen, die sich in der Zeitbörse vor Ort engagieren, für Christopher Wellauer dürften es ruhig etwas mehr

sein. «Unser Ziel ist es, bis zum zehnten Treffen 30 Mitglieder zu zählen», hält er fest. Dies sei zwar immer noch eine bescheidene Zahl, aber man wolle ja nichts forcieren, es brauche wohl einfach eine gewisse Anlaufzeit. «Ausserdem», fährt er fort, «ist nicht die Zahl der Mitglieder entscheidend, viel wichtiger ist, dass die bestehenden Mitglieder das Netz nutzen und sich selber einsetzen.» Denn schliesslich lege man Wert auf eine gewisse Qualität der erbrachten Leistungen, darum sollten die Tauschpartner auch immer im Voraus genau regeln, wie ihr Geschäft abzulaufen habe. Die Kontrolle darüber, dass alles sauber abgewickelt wird, obliegt ebenfalls dem Diakon, der sich der Zeitbörse nicht im Namen der Kirchgemeinde, sondern in seiner Freizeit widmet und mit seiner organisatorischen Arbeit sein Zeitguthaben speist. Er vertritt Rapperswil-Jona auch in der Steuergruppe, in die jede Regionalgruppe eine Delegierte oder einen Delegierten beordert. Vor Ort wird er von drei weiteren Mitgliedern tatkräftig unterstützt: Vesna Despot kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit, Angela Widmer um das Programm der Tauschtreffs und Monika Affentranger um die Administration sowie die Inserate- und Kontoverwaltung der Mitglieder ohne eigenen Internetanschluss.

Positive Rückmeldungen

Die bisherigen Erfahrungen mit der Zeitbörse wertet Christopher Wellauer grundsätzlich positiv. Zwar habe er den Eindruck, dass in der Bevölkerung noch eine gewisse Reserviertheit gegenüber der Idee vorherrsche, doch wo ein Tauschgeschäft zustande komme, seien die Rückmeldungen überwiegend positiv. Und wenn es mal Schwierigkeiten gebe, gehe er diesen sofort nach und suche das Gespräch mit den betroffenen Mitgliedern, um die Sache wieder ins Lot zu bringen. Die Stimmung an den Tauschtreffs sei denn auch immer gut, und es komme öfter vor, dass jemand spontan eine Leistung anbiete, wenn ein Mitglied im Programm das Gewünschte nicht finden könne. Ausserdem seien die Treffs die Gelegenheit, einander persönlich kennenzulernen, denn im Programm verwenden alle Mitglieder ein Alias, um ihre Identität nicht öffentlich preisgeben zu müssen.

Keine Konkurrenz für Berufsarbeit

Begrüsst wird diese Art von gegenseitiger Unterstützung auch von der Stadt. Marianne Aguilera, Vorsteherin des Ressorts Gesellschaft, sieht darin eine Form der Freiwilligenarbeit, die insbesondere jüngeren Leuten zusage, da diese sich lieber projektmassig engagierten als sich in Vereinen zu verpflichten. Dass das Angebot breit gefächert ist und neben praktischen Hilfeleistungen auch reine Freizeitvergnügen wie Jassen oder Tennisspielen beinhaltet, sieht die Stadträtin als Spiegel der

Gesellschaft. «Eine sinnvolle Freizeitgestaltung ist auch ein sozialer Beitrag, denn sie schafft Kontakte.» Ausserdem ergäben sich solche Angebote ein Stück weit auch durch die Vorgabe, dass Freiwilligenarbeit die bezahlte Berufsarbeit nicht konkurrieren dürfe. Angeboten werden dürften in der Regel also keine Dienstleistungen aus dem eigenen Beruf. Wobei nichts dagegen spreche, wenn etwa ein pensionierter Lehrer einem Schüler Nachhilfeunterricht erteile.

Die Stadt unterstützt die Zeitbörse in erster Linie ideell und indem sie der Gruppe den Neuhof für die monatlichen Tauschtreffs zur Verfügung stellt. Auch war Marianne Aguilera am Kick-off dabei und stellte das Projekt vor. Am Freiwilligenanlass der Stadt von letztem November erhielt die Gruppe zudem Gelegenheit für eine Präsentation. Für Marianne Aguilera ist es selbstverständlich, dass die Stadt hinter der Zeitbörse steht, gleichzeitig vertritt sie jedoch die Auffassung: «Die Stadt kann zwar gute Rahmenbedingungen schaffen, Freiwilligenarbeit muss aber immer von der Basis herkommen.»

Text: Jacqueline Olivier



FAIRES g EBEN uND NEh MEN

Die Zeitbörse wurde von Benevol St. Gallen, der Vermittlungs- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit des Schweizerischen Roten Kreuzes Kanton St. Gallen, ins Leben gerufen. Grundlage für die Zeitbörse bilden die Standards für Freiwilligenarbeit von Benevol Schweiz. Zurzeit existieren in den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhodens sieben Regionalgruppen: St. Gallen, Rorschach, Rheintal, Werdenberg, Herisau, Rapperswil-Jona und Wil. Die Mitglieder bezahlen einen jährlichen Beitrag von 30 Franken.

Die Mitglieder der Zeitbörse tauschen untereinander Dienstleistungen aller Art. Jedes Mitglied bestimmt selber, welche Dienstleistung(en) es anbieten will und beschreibt diese in einer Anzeige, die sowohl auf der Homepage als auch in der «Marktzeitung» der Zeitbörse unter einem selbstgewählten Pseudonym veröffentlicht wird. Hier können sämtliche Angebote eingesehen werden. Wer eine Dienstleistung eines anderen Mitglieds in Anspruch nehmen will, kann im Internet direkt mit diesem in Kontakt treten, Mitglieder ohne Internetanschluss wenden sich dazu an die Administration ihrer Regionalgruppe oder an ein anderes Mitglied. Änderungen des eigenen Angebots sind jederzeit möglich. Getauscht werden kann mit Mitgliedern sämtlicher Regionalgruppen.

Statt mit Geld werden die Dienstleistungen mit Zeit abgegolten. Dabei gilt ein Verhältnis von 1:1: Eine geleistete Stunde berechtigt zum Bezug einer Stunde Gegenleistung durch irgendein Mitglied. Die Verrechnung erledigen die Mitglieder selber über die Homepage der Zeitbörse. Für Mitglieder ohne Internetanschluss übernimmt eine Stellvertretung die Buchungen.

An den monatlichen Tauschtreffs der einzelnen Regionalgruppen können die Mitglieder Gesuche und Angebote persönlich miteinander verhandeln. Für Interessierte sind die Treffs eine Möglichkeit, sich zu informieren und die Gruppe kennenzulernen. Die Regionalgruppe Rapperswil-Jona trifft sich in der Regel im Haus Neuhof, Neuhofstrasse 9, in Jona.

Die nächsten Tauschtreffs in Rapperswil-Jona:

Donnerstag, 25. März 2010, 19 Uhr, Restaurant KREUZ, Saal 2
Dienstag, 20. April 2010, 19 Uhr, Haus Neuhof
Dienstag, 25. Mai 2010, 19 Uhr, Haus Neuhof
Dienstag, 15. Juni 2010, 19 Uhr, Haus Neuhof

Weitere Informationen: www.zeitboerse.ch

«Zeit finden sollte man eigentlich immer»

Wer braucht wofür Hilfe? Und wer kann diese Hilfe bieten? An den monatlichen Tauschtreffs der Regionalgruppe Rapperswil-Jona verhandeln die Mitglieder persönlich miteinander. Das RJournal erhielt am Treffen von Ende Februar einen Einblick.

Die Torte sieht verlockend aus und ist kunstvoll verziert: Mit Zahlen und Zeiger, aus Schokoladeglasur auf die runde Fläche gespritzt. Eine Uhr – das Symbol der Zeitbörse. Mitgebracht hat das Kunstwerk eine junge Frau, die heute zum zweiten Mal an einem Tauschtreff teilnimmt und auf diese Weise verführerisch präsentiert, was sie anzubieten hat: Sie backt und dekoriert Kuchen und Brote für private Anlässe, auch ganze Dessertbuffets sind möglich oder Hilfe bei der Organisation einer Party. Das neue Mitglied eröffnet mit dieser kurzen Vorstellung das heutige Treffen und beantwortet Fragen über Modalitäten, Bedingungen und weitere Varianten ihrer Dienstleistung. Anschliessend wird die Torte von den Anwesenden mit grossem Genuss verzehrt. Derweil es ans direkte Tauschgeschäft geht: Wer sucht was? Und kann jemand im Saal das übernehmen? Eine ältere Dame braucht Hilfe beim Umsetzen und Aussieben des Komposts. Ein Herr meldet sich: «Kann ich machen.» Eine andere Anwesende sucht jemanden, der oder die ihr für eine Märchenaufführung einen Flyer gestalten könnte. Auch sie wird fündig und kann erst noch auslesen, ob sie den Flyer lieber von Hand oder am Computer gestaltet haben möchte.

Zwischenmenschlicher Kontakt ist wichtig

So wird beraten, verhandelt, vermittelt. Egal, welcher Art die Wünsche sind – von der Computerhilfe über das Schnittmuster für eine neue Jacke bis zur Ferienunterkunft – niemand geht heute ohne eine Zusage oder zumindest einen Tipp nach Hause. Die Tauschtreffs seien viel dynamischer als das Internet oder die «Marktzeitung», findet Christopher Wellauer, der die Gruppe koordiniert. «Hier bietet mancher spontan eine Dienstleistung an, die er in seiner Anzeige nicht aufgeführt hat.» Auch der zwischenmenschliche Kontakt sei ein wichtiger Aspekt der Zeitbörse, meint Marianne Balatti, die seit der Gründung der Regionalgruppe Rapperswil-Jona mit dabei ist. «Ich bin seit vielen Jahren verwitwet. Solange man arbeitet, kommt man unter die Leute, nach der Pensionierung muss man sich selber bemühen.» Die Zeitbörse komme ihr da entgegen. «Man geht bei jemandem die Wohnung putzen, danach sitzt man noch etwas zusammen und trinkt Kaffee – das ist doch schön.» Sie selber habe ebenfalls schon Hilfe in Anspruch genommen. Oft gehe es dabei um kleine Dinge, die einem auf dem Magen lägen und die man einfach mal erledigt haben wolle.

Don Bethke, seit gut einem halben Jahr Mitglied der Zeitbörse, sagt: «Dass man so miteinander reden und sich gegenseitig helfen kann, ist faszinierend.» Seinen ersten Einsatz habe er auch schon hinter sich – einen Keller aufräumen. Seine Frau, mit der er ein gemeinsames Zeitkonto führe, habe zudem

bereits Dienstleistungen bezogen und positive Erfahrungen damit gemacht. Angela Widmer, Schülerin an der Kantonschule Wattwil und bis dato jüngstes Mitglied der Gruppe, engagiert sich im Leitungsteam. In erster Linie ist sie dort zuständig für den inhaltlichen Ablauf der Tauschtreffs. Sie



bietet aber auch diverse Dienstleistungen an: Lateinstunden zum Beispiel, Ballettstunden für Anfänger oder die künstlerische Gestaltung von kleinen Plakaten, Infoblättern etc. «Gerade an den Treffen kommen einem immer wieder neue Ideen, was man noch alles machen könnte», erklärt sie lebhaft. Sie würde gerne mehr junge Leute für die Zeitbörse gewinnen, sehe aber, dass diese heute oft sehr engagiert seien. «Wobei», gibt sie zu bedenken, «Zeit finden sollte man eigentlich immer.»

Text: Jacqueline Olivier

Neue Fachleute ausbilden, erfahrene Mitarbeitende halten

Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter. Die Zahl der Pflegefälle steigt. Wer wird die vielen betagten Menschen in zehn, in zwanzig Jahren pflegen? Auch bei RaJoVita, der Stiftung für Alter und Gesundheit, macht man sich Gedanken, wie dem drohenden Personalmangel begegnet werden kann.

Rund 13 Prozent mehr Personal wird in der Schweiz bis 2020 im Bereich der Pflege benötigt. Bis 2030 wird der Mehrbedarf gar 30 Prozent betragen. Diese Zahlen präsentierte Heidi Hanselmann, Gesundheitsdirektorin des Kantons St. Gallen, an der letztjährigen IrcHEL-Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik unter dem Titel «Heraus aus dem Pflegenotstand». Sie basieren unter anderem auf einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan), die ebenfalls 2009 veröffentlicht wurde.

Diese Zahlen beschäftigen auch die Geschäftsleitung von RaJoVita, der Stiftung für Alter und Gesundheit auf dem Platz Rapperswil-Jona. Umso mehr, als RaJoVita just in dem Bereich aktiv ist, der aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren besonders viel zusätzliches Pflegepersonal rekrutieren muss: im sogenannten Langzeitbereich, der sowohl die Heime als auch die Betreuung betagter Menschen zuhause umfasst. So erwartet man laut Obsan-Studie in den Alters- und Pflegeheimen der Schweiz eine Zunahme der Beherbergungstage von 30 Prozent bis 2020, von 59 Prozent bis 2030. Die Zahl der Spitex-Klientinnen und -Klienten wird bis 2020 um 19, bis 2030 um 44 Prozent steigen. Noch sei die Situation nicht alarmierend, erklärt Geschäftsführer Urs Kupferschmid, doch weiss auch er: «Neues Personal zu finden ist grundsätzlich nicht einfach. Wir werden mit Bewerbungen nicht überschwemmt. Insbesondere qualifizierte Fachleute gibt es nicht im Überfluss.» Trotzdem habe man Vakanzen bisher immer innert nützlicher Frist besetzen können, sogar wenn es sich um leitende Positionen gehandelt habe. Für die Zukunft müsse man sich aber Gedanken machen und die nötigen Weichen stellen, wolle man den drohenden Pflegenotstand rechtzeitig abwenden.

Anspruchsvollere Ausbildung – viele Berufsaussteiger

Laut Urs Kupferschmid liegt die Ursache der sich abzeichnenden Lücke beim Pflegepersonal nicht allein in der Tatsache, dass der Anteil der über 65-Jährigen in der Schweiz – und generell in den westlichen Ländern – kontinuierlich wächst: Laut dem Bundesamt für Statistik nimmt die Gruppe der Erwerbstätigen, also der 20- bis 64-Jährigen, in der Schweiz von 2005 bis 2030 voraussichtlich um nur rund 25'000 Personen zu, jene der 65-Jährigen und Älteren hingegen um rund 800'000 oder 66 Prozent. Von diesen 800'000 werden 290'000 über 80-jährig sein. Ein weiteres Problem, erklärt Urs Kupferschmid, seien die Änderungen, die in den letzten Jahren im Ausbildungssystem vorgenommen worden seien und immer noch vorgenommen würden. «Zurzeit laufen die klassischen Ausbildungen aus und der entsprechende Nachwuchs steht noch nicht bereit.»

Die Ausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau führt heute über eine Höhere Fachschule, die nach einer dreijährigen Grundausbildung absolviert werden kann, oder über die Fachhochschule, die eine Matura voraussetzt. Wie Christine Wüthrich, Leiterin des Bereichs Stationäre Dienste und Mitglied der Geschäftsleitung von RaJoVita, erklärt, erfreue sich die Grundausbildung zur Fachangestellten Gesundheit (FaGe) zwar grosser Beliebtheit, nach der Lehre ziehe es aber viele der Absolventinnen und Absolventen – wobei die Pflegeberufe bis heute ganz klar eine Frauendomäne seien – in andere Richtungen. «Wer als FaGe abgeschlossen hat, kann auch in ein ganz anderes Berufsfeld, zum Beispiel ins kaufmännische, wechseln.» Generell sei die Zahl der Berufsausstiege im Pflegebereich hoch, fährt Christine Wüthrich fort. Zurückzuführen sei dies unter anderem auf die belastenden Arbeitszeiten mit Nacht- und Wochenendschichten.



Zahlreiche Pensionierungen stehen bevor

Im Langzeitbereich kommt gemäss Urs Kupferschmid ein weiterer erschwerender Faktor hinzu: Immer mehr Menschen sind dement oder multimorbid, leiden also an mehreren Erkrankungen. Dies mache die Pflege ausserordentlich anspruchsvoll, was vor allem junge Menschen abschrecke, in diesem Bereich zu arbeiten. Das Durchschnittsalter der Pflegenden in den Heimen oder bei der Spitex sei denn auch höher als jenes der Pflegenden im Akutbereich, das heisst in den Spitälern. Dies wird durch die Obsan-Studie bestätigt, die darüber hinaus darauf hinweist, dass infolge der demografischen Entwicklung, die auch für das Pflegepersonal gilt, in den Alters- und Pflegeheimen bis 2020 schweizweit 30 Prozent des aktuellen Personals in Pension gehen werden, bis 2030 werden es an die 60 Prozent sein. Bei den Spitexdiensten ist die Situation laut Studie vergleichbar.

Mehr Ausbildungsplätze nötig

Handlungsbedarf besteht demnach auf verschiedenen Ebenen, dies ist auch der Geschäftsleitung von RaJoVita bewusst. Und wie Urs Kupferschmid betont, wolle man nicht warten, bis irgendwelche kantonalen oder nationalen Massnahmen ergriffen würden. «Um dem zu erwartenden Mangel an Pflegepersonal entgegenzutreten», lautet eine seiner Devisen, «ist auch der Langzeitbereich gefordert, vermehrt Ausbildungsplätze anzubieten.» RaJoVita verfüge inzwischen über zahlreiche Ausbildungsplätze für Fachangestellte Gesundheit, die man im Langzeitbereich vielseitig einsetzen könne. Aktiv sei man zudem im Bereich der Weiterbildung der Mitarbeitenden, indem man sie unterstütze, berufsbegleitend einen höheren Abschluss zu erwerben. Einen Vorteil des Modells RaJoVita sieht Urs Kupferschmid nicht zuletzt in der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen integrierten Institutionen. Sie ermöglicht den Mitarbeitenden eine berufliche Weiterentwicklung quasi innerhalb des Hauses.

Wiedereinstieg und Teilzeitarbeit erleichtern

Frauen, die nach einer längeren Pause in den Beruf zurückkehren möchten, den Wiedereinstieg zu erleichtern, ist für Christine Wüthrich ein weiterer Punkt, auf den man sein Augenmerk richten müsse. Erst vor Kurzem habe sie eine positive Erfahrung gemacht, indem sie eine diplomierte Pflegefachfrau nach rund 20-jähriger Familienphase zunächst als Pflegeassistentin eingestellt habe, um eine allfällige Überforderung zu vermeiden. So habe die Betroffene zuerst Sicherheit gewinnen und dann sehr rasch wieder ihrer Ausbildung entsprechend arbeiten können. «Einige Dinge verändern sich ja nicht, die neuen Erkenntnisse und das Fachwissen jedoch müssen bei einem Wiedereinstieg auf den aktuellen Stand gebracht werden», sagt Christine Wüthrich. Ergänzend zu flexiblen Wiedereinstiegsmöglichkeiten müsse man mit Teilzeitpensen jenen Frauen entgegenkommen, die nebst ihren Mutterpflichten mit einem Fuss im Berufsleben bleiben möchten. Als zusätzliche Massnahme, so Urs Kupferschmid, sei auch ein Betreuungsangebot für die Kinder von Mitarbeitenden eine Option, über die man diskutieren müsse.

Die Attraktivität des Berufsbildes zu steigern, fährt der Geschäftsführer fort, sei ebenfalls erforderlich. «Pflegefachleute geniessen in der Gesellschaft laut Umfragen zwar ein recht hohes Ansehen, den Beruf ergreifen wollen aber die wenigsten», bringt er das Dilemma auf den Punkt. Hier seien in erster Linie die Berufsverbände gefordert, doch bei diesen ortet Urs Kupferschmid auch schon die nächste Hürde: «Sich gegen aussen zu verkaufen ist nicht unbedingt die Stärke von Pflegenden.»

Schwierige Rahmenbedingungen

Vieles kann man seitens der Stiftung RaJoVita zwar selber anpacken, einigem ist man aber auch einfach ausgesetzt. Zum Beispiel der Tatsache, dass der Kanton St. Gallen Ausbildungen im Akutbereich mit finanziellen Beiträgen unterstützt, Ausbildungen im Langzeitbereich demgegenüber aber leer ausgehen. Dies rühre wohl daher, dass Akut- und Langzeitbereich in zwei verschiedenen Departementen angesiedelt sei, vermutet Urs Kupferschmid, der Akutbereich im Gesundheitsdepartement, der Langzeitbereich im Departement des Innern. In der Praxis führt diese Unterscheidung letztlich zu einer unbefriedigenden Situation, wie Christine Wüthrich zu verstehen gibt: «Akut- und Langzeitbereich kämpfen bei der Ausbildung mit ungleichen Spiessen.» Auch die schnellen Veränderungen im Ausbildungssystem machen die Sache für die Verantwortlichen nicht einfacher. Neu eingeführt wird als nächstes die zweijährige Attestausbildung für Schulabgängerinnen und Schulabgänger, welche die Anforderungen der dreijährigen Grundausbildung nicht erfüllen. Und noch sind die letzten neu geschaffenen Ausbildungen nicht konsolidiert. «Welcher Berufstyp für welche Aufgaben eingesetzt werden kann, diese Frage wird man erst noch klären müssen», sagt Urs Kupferschmid.

Rekrutierung im Ausland nicht sinnvoll

Bis jetzt hat RaJoVita noch nicht im Detail analysiert, wie gross der Bedarf an zusätzlichem Pflegepersonal vor Ort in einigen Jahren sein wird, doch wie der Geschäftsführer erklärt, müsse man davon ausgehen, dass die nationalen Trends grosso modo auch für Rapperswil-Jona gälten. Dies werde allein daraus ersichtlich, dass der Umfang der ambulanten Pflegeleistungen seit der Gründung der Stiftung jährlich um sieben bis acht Prozent gestiegen sei. Die künftige Personalpolitik werde deshalb ein zentraler Teil der Strategie sein, welche die Stiftung zurzeit für sich erarbeite. Was man jedoch sicher nicht beabsichtige, sei eine aktive Rekrutierung im Ausland. «Unsere Nachbarländer sehen sich vor ähnlichen Problemen wie wir. Sich gegenseitig das Personal abzuwerben ist also sicher kein zukunftsorientiertes Modell.» Wettbewerb hingegen finde immer statt, sagt Urs Kupferschmid. Entsprechend müsse man sich gezielt noch stärker als attraktiver Arbeitgeber positionieren. «Das Modell RaJoVita bietet dafür gute Voraussetzungen.»

Text: Jacqueline Olivier



Rapperswil-Jona Hanfländer



ZEITUNG

27. Februar 2019

10.00 Uhr

10.00 Uhr

Hand in Hand

gemeinsam für mehr

27. Februar 2019

10.00 Uhr

VLADA

27. Februar 2019

10.00 Uhr

MAIGOLD

27. Februar 2019

10.00 Uhr

Hand in Hand

gemeinsam für mehr

27. Februar 2019

10.00 Uhr

VLADA

27. Februar 2019

10.00 Uhr

MAIGOLD

27. Februar 2019

10.00 Uhr

Hand in Hand

gemeinsam für mehr

27. Februar 2019

10.00 Uhr

VLADA

27. Februar 2019

10.00 Uhr

MAIGOLD

27. Februar 2019

10.00 Uhr



Quer durch die Stadt gut informiert

Das neue Erscheinungsbild der Stadt sieht unter anderem ein konsequentes öffentliches Informations- und Kommunikationssystem vor. Den Anfang machen die Quartierstelen, die im Februar aufgestellt wurden. Im selben Rahmen sollen zudem Gebäudebeschriftungen angebracht und ein neues Touristleitsystem realisiert werden.

Mit dem neuen Erscheinungsbild hat sich Rapperswil-Jona ein Gesicht gegeben: Auf Briefumschlägen, Kehrichtsäcken, Stadtbuss – das stilisierte RJ-Monogramm, das in 13 Farben zur Verfügung steht – prägt heute den Alltag in der Stadt. Zur Idee des Erscheinungsbildes gehörte aber von Anfang an auch die Erstellung einheitlicher Informations- und Kommunikationsplattformen. Diese sollen nun Schritt für Schritt installiert werden.

In den vergangenen Wochen bereits aufgestellt wurden die Quartierstelen. Sie sollten die Quartiere sichtbar machen und somit auch aufwerten, erklärt Hansjörg Goldener, stellvertretender Stadtschreiber und für die Kommunikation zuständig. Gleichzeitig könne dadurch auf einen grossen Teil der heutigen Kulturplakatstellen sowie auf die mobilen Plakatständer verzichtet werden. Letztere würden künftig nur noch bei Wahlen und Abstimmungen zum Einsatz kommen.

Ordnung im Plakatedschungel

Auf den Quartierstelen ist im oberen Teil Platz für jeweils ein Plakat im Weltformat, darunter können kleinere Plakate mit Hinweisen auf Veranstaltungen sowie Informationen der Quartiervereine angebracht werden. Laut Hansjörg Goldener will die Stadt auf diese Weise Ordnung schaffen im heutigen Plakatedschungel. Wobei für die Plakate im Weltformat klare Regeln gelten: Die darauf angekündigten Veranstaltungen müssen einen hohen Bezug zu Rapperswil-Jona haben und allgemein zugänglich sein.

Die Standorte der Quartierstelen, so der stellvertretende Stadtschreiber weiter, seien in Absprache mit den Vertretern der Quartiervereine festgelegt worden und dem üblichen Baubewilligungsverfahren unterlegen. Da einzelne Einspracheverfahren zu keinem Ergebnis geführt hätten und sich der eine oder andere Standort als ungeeignet herausgestellt habe, seien allerdings nicht alle geplanten Stelen realisiert worden.

Orientierungshilfen für Auswärtige

Auf dem gleichen System wie die Quartierstelen basiert das geplante Touristleitsystem. Dieses soll das heutige Leitsystem in der Altstadt, das teilweise keine Gültigkeit mehr hat, ersetzen und auf das weitere Stadtgebiet ausdehnen. Vorgesehen sind grosse Tafeln an zentralen Standorten der Stadt mit der Abbildung eines Stadtplans und Richtungsangaben zu weiteren Sehenswürdigkeiten, öffentlichen Gebäuden oder Stationen des öffentlichen Verkehrs. Gemäss Hansjörg Goldener soll die Umsetzung im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Ergänzend zu Quartierstelen und Touristleitsystem sollen die Schulanlagen separat gekennzeichnet werden. Einerseits soll mit dieser Massnahme die Präsenz der Stadt dokumentiert werden, wie es im Budget 2009 hiess, andererseits will man mit den Tafeln dem Besucher wo nötig auch die Orientierung auf dem entsprechenden Gelände erleichtern.

LED-Anzeige beim Seedamm

Den letzten Stein in diesem Mosaik bilden die Stadteinfahrten: Mithilfe von LED-Anzeigen soll hier künftig auf wichtige Veranstaltungen hingewiesen werden, wobei bei der Aufschaltung von Anzeigen an diesen Stellen besonders viel Wert auf den hohen Bezug der Veranstaltung zur Stadt gelegt werden solle, wie Hansjörg Goldener betont. «Solche Veranstaltungen könnten zum Beispiel die Spiele der Rapperswil-Jona Lakers, das blues'n'jazz-Festival, der Christkindlimärt oder das Seenachtfest sein.» Anfangen werde man beim Seedamm, wo die heutige Blachenreklame ersetzt werden solle. Dies sei zugleich die einzige Möglichkeit für eine Stadteinfahrtstafel auf öffentlichem Boden, fährt er fort, bei allen anderen Einfahrten müsste man privaten Grund beanspruchen und dies entsprechend entschädigen. Doch seien im Moment noch keine Verhandlungen dieser Art geplant. Zuerst wolle man die Erfahrungen mit dem Standort Seedamm abwarten.

Homepage noch kundenfreundlicher gestalten

Auf einer etwas anderen Ebene ist derzeit die Überarbeitung des Internetauftritts der Stadt im Gang. Hier gehe es vor allem darum, die Homepage noch kundenfreundlicher und mit erweiterten Online-Angeboten im Bereich des E-Gouvernements zu gestalten. Darin eingebaut werden solle auch die neue Integrationsplattform der Stadt, an der momentan eine 14-köpfige net-Gruppe – darunter auch mehrere Migrantinnen und Migranten – arbeitet, um wichtige Informationen für ausländische Einwohnerinnen und Einwohner übersichtlich und einfach verständlich zu präsentieren.

Text: Jacqueline Olivier

Stärkung der Volksrechte

Im Rahmen der Erarbeitung der Gemeindeordnung für die neue Stadt wurde in Anbetracht der Gemeindeorganisation mit Bürgerversammlung der sogenannte dritte Weg gewählt. Unter anderem wurden eine Volksmotion und eine Volksinterpellation vorgesehen. Wegen der fehlenden gesetzlichen Grundlage konnten die entsprechenden Bestimmungen jedoch nicht umgesetzt werden.

Auf den 1. Januar 2010 trat das neue Gemeindegesetz in Kraft. Damit ist die Basis für weitere direktdemokratische Mittel gelegt. So ist neu ein Volksvorschlag möglich, das heisst eine Anzahl Stimmberechtigte kann einen «Gegenvorschlag» zu einer Referendumsvorlage einbringen. Auch das Instrument der Volksmotion wurde geschaffen. Die Volksinterpellation fand keine Aufnahme im neuen Gesetz, jedoch wurden die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der allgemeinen Umfrage an der Bürgerversammlung erweitert, womit eine ähnliche Wirkung erzielt wird.

Der Stadtrat hat einen Nachtrag zur Gemeindeordnung verabschiedet, der die Möglichkeiten des neuen Gesetzes hinsichtlich der Volksrechte ausschöpft. Bis zum 31. März 2010 läuft die Vernehmlassungsfrist.

Die Unterlagen können bei der Stadtkanzlei bezogen oder im Internet unter www.rapperswil-jona.ch > Aktuelles heruntergeladen werden.

Die Stadt an der Expo Rapperswil-Jona

Vom 15. bis 18. April 2010 findet in der Sporthalle Grünfeld die Expo Rapperswil-Jona statt. Mit der Sonderschau «So einfach – Energie sparen im Alltag» ist auch die Stadt dabei. Sie hat im vergangenen Jahr aufgrund ihrer Leistungen im Bereich Energie das Label Energiestadt erhalten. Damit wurde aber nur ein Zwischenziel erreicht. Mit der Sonderschau soll auch die Öffentlichkeit auf das Thema Energie angesprochen und für eigene Energiesparmassnahmen sensibilisiert werden, denn sie hat eine Schlüsselfunktion bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik.

Roboter-Europameisterschaft

Die Hochschule für Technik organisiert vom 27. bis 30. Mai 2010 die Eurobot, die Schweizer- und Europameisterschaften für autonome Roboter. Der Wettkampf bietet Studierenden und Roboter-Clubs eine Plattform, um spielerisch technische Ideen und Lösungen zu entwickeln, diese umzusetzen und dabei Neues zu lernen. Technische und kulturelle Bereicherung, Kreativität und Fairplay stehen im Vordergrund. Die Eurobot 2010 findet in der Diners Club Arena statt. Die Meisterschaften sind öffentlich; der Eintritt ist gratis. Die Stadt unterstützt die Lancierung und Realisierung des Projekts.

Texte: Hans Wigger



Wichtige Termine

Dienstag, 13. April 2010, 19.30 Uhr
Bürgerversammlung im Stadtsaal KREUZ

Donnerstag, 15. April, bis Sonntag, 18. April 2010
Expo Rapperswil-Jona in der Sporthalle Grünfeld

Donnerstag, 27. Mai, bis Sonntag, 30. Mai 2010
Eurobot 2010, Schweizer- und Europameisterschaften für autonome Roboter in der Diners Club Arena

Sonntag, 13. Juni 2010
Eidgenössische Volksabstimmung

Mittwoch, 30. Juni 2010, 19.30 Uhr
Bürgerversammlung im Stadtsaal KREUZ

Samstag, 4. September 2010, 9.00 Uhr
Neuzuzügermorgen

Sonntag, 26. September 2010
Eidgenössische Volksabstimmung

Sonntag, 28. November 2010
Eidgenössische Volksabstimmung

Donnerstag, 9. Dezember 2010
Bürgerversammlung im Stadtsaal KREUZ

Impressum

RJournal, das Magazin von Rapperswil-Jona, erscheint dreimal jährlich und wird an alle Haushaltungen in Rapperswil-Jona verteilt. Zusätzliche Exemplare sind auf Anfrage erhältlich.

Herausgeberin

Stadtverwaltung Rapperswil-Jona
St. Gallerstrasse 40, Postfach
8645 Jona

Redaktion (red)

Hans Wigger (wih), Jacqueline Olivier (jo)

Gestaltung

Coande. Communication and Design, Zürich

Druck

bruhin ag print&crossmedia, Freienbach

Fotonachweis

Titelseite, Seiten 2, 7, 12, 13, 18 und 23:

Katharina Wernli, Zürich

Seite 5: oben Stiftung Balm, Jona; unten Peter Fuchs, Buchs SG

Seite 11: Cécile Blarer Bärtsch, Rapperswil

Seiten 15 und 17: Johannes Heinzer, Zürich

Seite 20: Coande, Zürich

Die im RJournal veröffentlichten Texte und Fotos dürfen nur mit Zustimmung der Redaktion weiterverwendet werden.